



Steffen Lehndorff: Gewerkschaften und Transformation
Richard Detje: Galeria Kaufhof – unendliche Geschichte

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Stephanie Odenwald, Claus-Jürgen Göpfert, Ingar Solty, Detlef Umbach, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff



**Forum
Gewerkschaften**

2024 again?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Vor einer Ära der Inflation?

Der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Agustín Carstens, befürchtet den Übergang in eine Ära der Inflation: Die Welt steht »an der Schwelle zu einer neuen inflationären Ära«. [...]

Zur Wahlwiederholung in Berlin

Nicht nur bei Twitter herrscht Chaos, sondern auch in Berlin, das allerdings schon länger. Berlin hat offensichtlich Schwierigkeiten bei der Exekution grundlegender demokratischer Prozesse wie Wahlen. Dies ist schädlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. [...]

Die Zeit für einen Wechsel ist reif

In der Türkei hat der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl Mitte Juni 2023 begonnen. Für die Erdoğan-Regierung, die seit mittlerweile 20 Jahren amtiert, wird es eng. Der Präsident verliert aufgrund der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise und der Strategien der Oppositionsparteien an Boden. Diese schmieden ein Bündnis für die Wahlen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
können, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Brücken bauen für das Klima?

Björn Radke: »Auf dem Highway in die Hölle«?
Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27 2

Der Traum von Größe und die harten Realitäten

Ingar Solty: »Alle gegen rechts«? Die USA zwischen rechtsautoritärem Nationalismus, ohnmächtigem Antifaschismus und sozialistischen Politikansätzen 7

Detlef Umbach: Bidens Rettung 13

Hinrich Kuhls: Austeritätspolitik als Markenzeichen der Tory-Regierungen
Vom Traum von Globaler Größe zur Realität der Brexit-Folgen 16

Wolfgang Müller: Stabilität und gemeinsamer Wohlstand
Die KP Chinas hat auf dem 20. Parteitag einige neue Akzente gesetzt 22

Joachim Bischoff: Russlands Ökonomie vor dem Kriegswinter 27

Paradigmenwechsel

Bernhard Müller: Die AfD: vom »gärrigen Haufen« zur rechtsextremen Partei ... 32

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter:
DIE LINKE braucht einen Klassenkompass 36

Stephanie Odenwald: Paradigmenwechsel für die Wirtschaft?
Das ab 2023 wirksame »Gesetz über die unternehmerischen
Sorgfaltspflichten in Lieferketten« 40

Claus-Jürgen Göpfert: Cum Ex: Eine Hydra mit vielen Köpfen. Die Tricks
zur Steuervermeidung schädigten den Staat um bis zu 32 Milliarden Euro 44

Forum Gewerkschaften

Otto König: Tarifpolitik in Inflationszeiten
Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie 47

Steffen Lehndorff: Gewerkschaften als Treiber
der Transformation 50

Richard Detje: Niedergang eines Warenhauskonzerns. Galeria Karstadt Kaufhof
wird vor die Wand gefahren, tausende Arbeitsplätze vernichtet 56

Cosimo-Damiano Quinto/Orhan Akman: Ein neues Kapitel Tarifgeschichte
Der ver.di-Digitalisierungstarifvertrag bei H&M
und das politische Mandat der Gewerkschaften 60

Geburtstagsgrüße

Redaktion Sozialismus.de: Erfahrungen im Zeitalter der Extreme
Der Sozialist, politische Ökonom und Ökologe Klaus Steinitz wurde 90 66

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Crimes of the Future (Filmkritik) 69

Supplement

Hans-Peter Krüger: **Russland-Ukraine: ein doppelter Stellvertreter-Krieg**
Wer übernimmt Verantwortung für dessen Beendigung?

DIE LINKE braucht einen Klassenkompass

von ■ Ulrike Eifler, Susanne Ferschl und Jan Richter

Als sich 2007 aus WASG und PDS ein neues Parteiprojekt bildete, mit dem die offene Lücke links von der SPD ausgefüllt werden sollte, war das ein historischer Moment. Der rot-grüne Neoliberalismus der Schröder-Regierung hatte dafür die Bedingungen und die Notwendigkeit geschaffen. Insbesondere unter Gewerkschafter*innen hatte der Angriff auf den Sozialstaat durch die Agenda 2010 für Unmut gesorgt. Viele organisierte Lohnabhängige waren nicht bereit, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Entwertung von Arbeit und den entstehenden Niedriglohnsektor hinzunehmen. Sie gründeten mit der WASG eine Partei, die die Interna der abhängig Beschäftigten wieder ins Zentrum der politischen Debatte rückte und ebnete damit den Weg für ein neues gesamtdeutsches linkes Parteiprojekt. Heute, 15 Jahre später, gelten viele dieser Protagonisten von damals parteiintern als »Linkskonservative«. Selbst führende Mitglieder des Parteivorstandes werben

aktuell dafür, sie aus der Partei zu drängen. Dass es so weit kommen konnte, ist auf tiefe gesellschaftliche Krisenprozesse, aber auch auf organisationspolitische Versäumnisse, Führungsschwäche sowie den Verzicht, die Welt der Arbeit zum Bezugspunkt linker Politik zu machen, zurückzuführen.

Gesellschaftliche Krisensituation

Die aktuelle multiple Krisensituation stellt linke Parteien in allen kapitalistischen Ländern vor neue Herausforderungen. Nicht nur die ökologische Zerstörung, auch die Gefahr eines tödlichen Atomkrieges markieren eine Zuspitzung, ohne dass die etablierte Politik eine Alternative verfolgt. Gleichzeitig verfestigen sich ökonomische Widersprüche und führen in den Industriegesellschaften zur Entkernung der sozialen Fundamente. Die damit im Zusammenhang stehende Krise der Demokratie ist unübersehbar. Sie führt auch

vor dem Hintergrund der Schwäche der Linken zu einem für die Nachkriegszeit einmaligen Ruck nach rechts und ist ohne einen Blick auf die Welt der Arbeit nicht zu verstehen. Denn für demokratische Beteiligung braucht es Selbstachtung und, wenn der Stellenwert der Arbeit sinkt, sinkt auch das Vertrauen in demokratische Prozesse. Nicht zuletzt die aktuelle Autoritarismus-Studie der Otto-Brenner-Stiftung zeigt, dass das Gefühl politischer Ohnmacht auf die Erfahrungen am Arbeitsplatz zurückgeführt werden muss. Es ist daher wenig verwunderlich, dass in Regionen wie Ostdeutschland, wo Schutzrechte von Beschäftigten am meisten abgebaut und betriebliche Mitbestimmung am ärgsten mit Füßen getreten wurde, das Vertrauen in die Demokratie besonders niedrig ist.

Der desolote Zustand der Partei DIE LINKE ist deshalb nicht allein auf individuelles Führungsversagen zurückzuführen, sondern muss eingebettet wer-



Foto: Sozialismus-Archiv

den in die aktuelle gesellschaftliche Krisensituation. So hatte DIE LINKE ihre besten Wahlergebnisse und die höchste Mitgliederentwicklung zu einem Zeitpunkt, als sich die sozialen Bewegungen europaweit gegen die neoliberale Bearbeitung der Finanzmarktkrise formierten. Sie sorgten nicht nur in Griechenland, Spanien oder Portugal für einen neuen linken Aufbruch, sondern auch im Rest von Europa. Dieser Aufschwung hat die strategischen Fragen überstrahlt, die eigentlich einer Klärung bedurften: Was ist die Kernaufgabe einer sozialistischen Partei in einer Zeit tiefer sozialer und ökologischer Widersprüche? Wie definiert DIE LINKE in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihre Rolle? Und wer sind die zentralen Bündnispartner der Partei?

Partei ohne Strategie

Ein Versuch zur Klärung der Strategie fand statt: Der Parteivorstand organisierte im Februar 2020 in Kassel eine entsprechende Konferenz. Dass in deren Vorfeld über 300 Diskussionsbeiträge aus den unterschiedlichen Gliederungen der Partei verfasst wurden, zeigte das starke Bedürfnis nach strategischer Debatte. Doch die Parteiführung verzichtete darauf, die Diskussionen zu strukturieren. Dieses Vorgehen führte dazu, dass die Debatte ergebnislos verpuffte. Eine Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse unterblieb und politisch-strategische Fragen wurden nicht priorisiert, sondern beliebig aneinandergereiht diskutiert. Nach einer verlorenen Europa- und zwei verlorenen Landtagswahlen 2019 war damit zwar dem innerparteilichen Druck nach strategischer Positionsbestimmung nachgegeben worden, eine ernsthafte Behandlung offener Fragen fand jedoch nicht statt.

So ist nicht verwunderlich, dass auf die Strategiekonferenz nichts folgte. Sie bildete gleichermaßen den Auftakt und den Abschluss der Debatte und öffnete den Raum für eine neue Vielstimmigkeit der Partei. Ohne Verabredungen für eine Fortsetzung des strategischen Klärungsprozesses und ohne eine Diskussionskultur, die der Parteipluralität entsprach, schlitterte die DIE LINKE in

das Pandemiejahr 2020. Die Bekämpfung der Infektionen stellte die Partei vor große Herausforderungen, denn der *Maßnahmen*-Staat, der Freiheitsrechte einschränkte, konkurrierte mit dem *Gesundheits*-Staat, der das völlig unterfinanzierte Gesundheitssystem sich selbst überließ und die medizinischen Tragödien der Patienten ebenso wie eine unverantwortliche Überlastung der Pflegekräfte billigend in Kauf nahm. Beides von links zu kritisieren, hatte seine Berechtigung. Die Parteiführung unterließ es jedoch, die unterschiedlichen Perspektiven und Blickwinkel in den aktuellen politischen Kontext einzuordnen und auf die gesellschaftlichen Krisensymptome, die wie Fliehkräfte an der Verfasstheit der Partei rüttelten, zurückzuführen. Stattdessen führte sie strategische Klärungsprozesse als innerparteilichen Machtkampf zwischen den Strömungen. Inhaltliche Argumente wurden strömungspolitisch verortet, statt sie als strategischen Beitrag zu sehen. Das ließ wenig Raum für das eigentlich so notwendige Aufwerfen von Fragen und die gemeinsame Suche nach Antworten.

Welt der Arbeit

In der Linkspartei waren mit Klaus Ernst und Bernd Riexinger gleich zwei prominente Gewerkschafter Vorsitzende. Sie führten die Partei über einen Zeitraum von insgesamt elf Jahren. Dennoch muss festgestellt werden, dass sich die strategische Orientierung auf die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften in der 15-jährigen Geschichte der Partei verändert hat, wie zuletzt am Ausgang des Mitgliederentscheides zum Bedingungslosen Grundeinkommens unklar zu erkennen war. Der unzureichende Blick auf die Welt der Arbeit führte in der Konsequenz zu analytischen Schwächen und einer strategischen Ausrichtung, die an den Interessen der abhängig Beschäftigten oft vorbeiging. Während die Arbeitswelt vor tiefgreifenden, historischen Umbrüchen steht, beschränkt sich die Debatte der Partei über die sozial-ökologische Transformation darauf, »Soziales und Ökologisches zusammen zu denken«. Mit dieser Formel wird die Partei je-

doch weder den Sorgen vieler Menschen vor Entqualifizierung und Jobverlust gerecht, noch ist sie eine adäquate Analyse der Demokratisierungs- und Finanzierungsfragen, die mit den aktuellen Umbrüchen in der Arbeitswelt und den Herausforderungen für die Gewerkschaften einhergehen.

Es reicht eben nicht aus, einen Gewerkschafter an die Spitze der Partei zu stellen oder eine Handvoll von ihnen in die Parlamente zu schicken. Es braucht auch Strukturen, die der politischen Arbeit der Partei eine regelmäßige gewerkschaftspolitische Routine geben. Die strategischen Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften angesichts von Krise und Inflation stehen, hätten einen politischen Partner notwendig gemacht. Stattdessen trat DIE LINKE oft als Lehrmeisterin auf, etwa als die Abteilung Strategie und Grundsatz in den Leitantrag für den Bundesparteitag 2022 schrieb, dass sich Tarifabschlüsse oberhalb der Inflation bewegen müssten – angesichts einer Inflation von 10% und drückenden Energiekosten in den Unternehmen ein aussichtsloses Unterfangen. Das Beispiel zeigt, die Partei kompensierte ihre ungeklärte Rolle gegenüber den Gewerkschaften mit linksradikalem Voluntarismus. Hohe Inflationsraten machen eine sozialpolitische Rahmung von Tarifeinverständnissen notwendig und hätten eine starke LINKE im Parlament gebraucht. An der Seite der abhängig Beschäftigten zu stehen, ist eben deutlich mehr, als sich gelegentlich in Tarifrunden oder bei Streiks solidarisch zu zeigen.

Und so wurde die fehlende Orientierung auf die Welt der Arbeit zum größten Defizit der Partei. Denn wer die Welt des Kapitals schwächen will, muss die Welt der Arbeit stärken. Abhängig Beschäftigte sind eben nicht eine beliebige Zielgruppe unter vielen, sondern zentraler Akteur im Konflikt zwischen den Klassen. Doch während die Gewerk-

*Ulrike Eifler und Jan Richter sind Sprecher*innen der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft (BAG), dem offiziellen Zusammenschluss für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Partei DIE LINKE. Susanne Ferschl ist Vize-Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitglied der BAG. Die drei sind offiziell berufene Mitglieder des Gewerkschaftsrates der Partei.*

schaften für Millionen von Beschäftigten einen Schutzraum bieten, der verhindert, dass sie in diesem Konflikt an die Wand gedrückt werden, ist der Blick der Partei DIE LINKE auf die Gewerkschaften viel zu häufig durch die Benennung von Defiziten geprägt. Ohne Zweifel müssen Gewerkschaften und linke Parteien ein kritisch-solidarisches Verhältnis zueinander entwickeln. Ohne regelmäßige Zusammenarbeit wirkt die Kritik der Partei an den Gewerkschaften aber schnell überheblich und ignorant gegenüber den Anliegen der Kolleginnen und Kollegen. Der Partei fehlt ein gemeinsamer Blick dafür, dass sozialer Fortschritt auch historisch nie durch lupenreine Beschlüsse zustande kam, sondern immer gemeinsam erkämpft werden musste. Bei allen Widersprüchen – die Arbeit linker Parteien in und mit Gewerkschaften ist und bleibt zentral.

Kampf um Strukturen

Die *BAG Betrieb & Gewerkschaft* hatte deshalb bereits 2019 eine Debatte über einen gewerkschaftspolitischen Strukturaufbau in der Partei angeregt. Lokale gewerkschaftliche Gruppen, die vor Ort Debatten befördern und den Kontakt zu den lokalen Gewerkschaftsgliederungen suchen sollten, spielten darin eine Rolle. Außerdem die Gründung eines Gewerkschaftsrates auf der Bundesebene sowie auf der Ebene der jeweiligen Landesverbände. Dieser Beschluss im Parteivorstand war weder ein Selbstläufer, noch kam er einstimmig zustande. Dass er am Ende dennoch gefasst wurde, war ein wichtiges Signal. Leider gelang es weder der Parteiführung noch der Partei, dem Gremium eine Rolle im Strategieprozess zuzugestehen. Die Einberufung von Sitzungen blieb unverbindlich, war handwerklich schlecht und führte dazu, dass der Gewerkschaftsrat nach nur elf Monaten in einen ähnlich desolaten Zustand geriet wie die gesamte Partei.

Das liegt auch daran, dass die Welt der Arbeit als Bezugspunkt linker Politik, wie es noch 2007 zur Gründung der Partei der Fall gewesen war, über die Jahre in den Hintergrund gerückt wurde. Mit dem Konzept der verbindenden Klassenpolitik, das als Bereicherung für die Klassendebatte in der Partei ge-

dacht war, wurden Klassenwidersprüche eher verwischt als geschärft. Nicht selten wurden antirassistische, feministische und sogar ökologische Kämpfe völlig beliebig als verbindende Klassenkämpfe eingeordnet. Dass das Interesse an bezahlbarem Wohnraum oder einer wirksamen CO₂-Reduktion bis weit in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften hineinreicht, ist unbestritten, aber das macht diese Bewegungen noch lange nicht zu Klassenkämpfen. Der Gewerkschaftsrat hätte die Chance eröffnet, die Orientierung der Partei auf die Welt der Arbeit zu festigen und auszubauen. Doch ein regelmäßiger Bericht über die Arbeit des Gremiums in den Sitzungen des Parteivorstandes wäre dazu ebenso notwendig gewesen, wie eine verbindliche Einladungspraxis und eine ernsthafte Vor- und Nachbereitung der Sitzungen.

Strategisches Zentrum

Die *BAG Betrieb & Gewerkschaft* hatte in den letzten Jahren darauf gedrängt, den parteiinternen Strömungsaueinandersetzungen den Aufbau eines starken strategischen Zentrums entgegenzustellen. Dabei wurde angeführt, dass das Konzept der Einheitsgewerkschaft, das nach den historischen Fehlern ein zentrales Erbe der deutschen Gewerkschaften wurde, auch eine Antwort auf die spaltenden Milieu- und Strömungsdebatten in der Partei sein kann: Eine für alle – weil es die Einheit ist, die stärkt. Insbesondere weil parteiinterne Diskussionen teilweise als Generationendebatten geführt und WASG-Gründer nicht selten als »alte weiße Männer« verunglimpft wurden, warb die *BAG Betrieb & Gewerkschaft* dafür, nicht zwischen jungen und alten, organizingaffinen und weniger affinen, guten und schlechten Gewerkschaftern zu unterscheiden, sondern das Gewerkschafter*innen-Lager in seiner Gesamtheit als Stärke und Gewinn für die Partei zu betrachten. Der Jahresauftakt der BAG im Januar 2022 zur Energiepolitik in der Klimakrise mit Klaus Dörre, Bernd Riexinger und Klaus Ernst war ein gelungener Aufschlag. Er zeigte, dass es möglich war, politische Widersprüche auf dem Boden der Grundsolidarität miteinander

zu diskutieren, um am Ende festzustellen, dass diese Widersprüche gar nicht so groß und unüberwindbar waren. Von solchen Diskussionsformaten hätte es mehr gebraucht. Vor allem aber hätten sie nicht allein einer Bundesarbeitsgemeinschaft überlassen werden dürfen, sondern zur Praxis des Parteivorstandes werden müssen. Stattdessen sind die Strömungsaueinandersetzungen heute tiefer und unversöhnlicher als je zuvor. Der *BAG Betrieb & Gewerkschaft* ist es nicht gelungen, der spaltenden Strömungspolarisierung der Partei ein starkes und von einer Gewerkschaftsorientierung getragenes Zentrum entgegenzusetzen – nicht zuletzt, weil die Parteiführung den Wert einer Gewerkschaftsorientierung für die Konsolidierung der Partei nicht erkannte. Vielleicht stünde DIE LINKE heute anders da, hätte der Parteivorstand dem Gewerkschaftsrat als Beratungsgremium eine zentrale Rolle eingeräumt und die Landesverbände nachdrücklich aufgefordert, Gewerkschaftsräte einzuberufen.

Dabei wäre es auch im Hinblick auf programmatische Streitigkeiten hilfreich gewesen, gesellschaftliche Debatten stärker durch die Brille der abhängig Beschäftigten zu betrachten. Nicht ohne Grund existierte in der Arbeiterbewegung die Tradition des proletarischen Feminismus. Sie grenzte sich vom bürgerlichen Feminismus ab, weil die Hausmädchen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Acht-Stunden-Tag forderten, ein anderes Interesse hatten als ihre Arbeitgeberinnen. Ähnlich verhält es sich heute mit LGBTIQ-Themen, mit Fragen von Rassismus oder Homophobie. Sie werden häufig auf einer rein moralischen Ebene und ohne Klassenbezug diskutiert. Die feministische Forderung nach einer Frauenquote in Aufsichtsräten taucht in diesen Debatten dann ebenso gleichberechtigt auf wie die Reduzierung von Ladenschlusszeiten, ein Verbot von Nacharbeit für alleinerziehende Mütter oder ein flächendeckender Ausbau von Kindergartenplätzen. Anstatt deutlich zu machen, dass Rassismus, Sexismus und Homophobie Gift für die Solidarität in der Klasse sind, beschränkt sich auch DIE LINKE auf einen recht allgemeinen libertären

Diskurs. Gepaart mit moralischer Erhebung befördert dieser einen längst fortgeschrittenen Entfremdungsprozess zwischen Partei und Klasse. Nicht alle Kolleginnen und Kollegen mögen lupenreine Feministen oder Antirassisten sein. Politische Interessenvertretung setzt jedoch Diskussionen auf Augenhöhe voraus.

Fehlender Klassenkompass

Es ist falsch zu behaupten, DIE LINKE kümmere sich nicht mehr oder zu wenig um die soziale Frage. Richtig ist: DIE LINKE hat ihren Klassenkompass beim Betrachten gesellschaftlicher Entwicklungen verloren. Es war immer die Stärke sozialistischer Parteien, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse auf der Basis ökonomischer Zusammenhänge zu analysieren. DIE LINKE aber streitet über die Höhe von Alimentierungen, statt notwendige strukturelle Veränderungen in den Blick zu nehmen. Einen Klassenkompass zu haben, bedeutet, auch den Stolz und die Stärke der abhängig Beschäftigten zu sehen, ihnen bei der Durchsetzung ihrer Interessen eine subjektive Rolle zuzugestehen, die Klasse nicht auf ein heroisches Treppchen zu heben, sondern ihre Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen und er bedeutet letztendlich auch, über die Rolle nachzudenken, die eine linke, sozialistische, aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommende Partei hat: nämlich nicht *für* die Klasse zu kämpfen, sondern sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen.

Doch stattdessen mäandern die politischen Themen in ihrer ganzen Bandbreite gleichberechtigt in der Partei umher. Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung ist dabei die Partei, nicht die Klasse. Und weil die Partei immer schwächer wird und das Ziel gesellschaftlicher Veränderung in immer weitere Ferne rückt, entbrennt umso rücksichtsloser ein erbitterter Streit um die richtige Programmatik. Doch die Frage ist nicht, ob Sahara Wagenknecht, Klaus Ernst oder Bernd Riexinger recht haben. Die Frage sollte vielmehr sein: Wie hält es DIE LINKE mit der Klasse? Die aktuelle Diskussion über den Krieg in Osteuropa und wie DIE LINKE darauf re-

agieren müsse, zeigt überdeutlich: Eine falsche Klassenanalyse führt zu einer falschen Politik. Ein nur moralischer Blick auf den Krieg und das entsetzliche Leid der Menschen in der Ukraine, der die aktuelle Verschiebung geostrategischer Bündnisse ausblendet, führt zu unterkomplexen Antworten. Denn die Sanktionspolitik der Bundesregierung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Der heftig geführte Meinungsstreit in der Partei um die Sanktionspolitik zeigt daher auch, fehlende Klassenverankerung kann in zugespitzten gesellschaftlichen Krisensituationen dazu führen, dass linke Parteien sich von der Klasse entfernen.

Was bleibt?

Ob DIE LINKE sich konsolidieren und den Platz links von der SPD ausfüllen kann, ist ungewiss. Gewiss ist aber, dass DIE LINKE es ohne eine stärkere Orientierung auf die Welt der Arbeit, auf die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht schaffen wird, das strategische Dilemma, in dem sie steckt, zu lösen. Denn es reicht eben nicht, auf Parteitagern vegane Ernährung anzubieten und plastikfreies Merchandising zu beschließen, es braucht vor allem eine Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und eine genaue Vorstellung von der eigenen Rolle in der aktuellen Krisensituation. Diese ist komplex, und eine linke Partei in orkanähnlichen Stürmen neu aufzurichten, bedarf einer Kraftanstrengung. Wichtig wäre es daher, sich dieser Kraftanstrengung ebenso bewusst zu sein wie das Risiko ernst zu nehmen, dass die Existenz der Partei DIE LINKE in diesem Prozess auch verspielt werden kann. Deshalb muss die Parteiführung zügig den Strategieprozess einleiten, der lange verschleppt wurde. Es wäre fürwahr ein Strategieprozess, der angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen unter widrigsten Bedingungen stattfinden würde. Gerade deshalb muss er von der Parteiführung auch so organisiert sein, dass er alle Teile der Partei mitnimmt. Findet DIE LINKE nicht bald ihren Klassenkompass zurück, steht es schlecht um ihre Zukunft.

9. Auflage



Elmar Altvater

Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen Eine radikale Kapitalismuskritik

9. Auflage 2022 – 240 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-627-3

„Altvaters Buch ist nichts weniger als eine Revolutionstheorie für das 21. Jahrhundert.“

Mathias Greffrath, Die Zeit

Michael Heinrich

Die Wissenschaft vom Wert Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition

9. Auflage 2022 – 422 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-454-5

Heide Gerstenberger
Ulrich Welke

Auf den Wogen von Meeren und Mächten

2022 – 309 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-071-4



Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

